



**ARBEITGEBERVERBAND**  
STEINE UND ERDEN  
HESSEN UND THÜRINGEN



**BKRI**  
BUNDESVERBAND KERAMISCHE ROHSTOFFE  
UND INDUSTRIEMINERALE e.V.

**VSE**

Industrieverband  
Steine und Erden e. V.  
Neustadt/Weinstraße



**vero**  
der baustoffverband



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN  
UNTERNEHMERVERBÄNDE

VhU-Verbändepressekonferenz

Montag, 22. August 2022

**Hausgemachte Baukostentreiber in den Griff bekommen, Versorgungssicherheit  
gewährleisten  
– Anforderungen an die Rohstoffpolitik nach der Landtagswahl 2023**

Gemeinsame Pressekonferenz zu Erwartungen der hessischen Verbände an die  
Rohstoffpolitik nach der Landtagswahl 2023

Alle Statements

*Finale Version*

***ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!***

**VhU-Vizepräsident und  
Vorsitzender des VhU-Bau- und Immobilienausschusses  
Thomas M. Reimann**

Eingangsstatement

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Parteien haben begonnen, ihre Programme zur Landtagswahl 2023 in Hessen zu erarbeiten. Deshalb informieren die Unternehmerverbände frühzeitig darüber, welche Erwartungen sie an die Politik in der nächsten Legislaturperiode ab Januar 2024 haben. Den Auftakt machte VhU-Präsident Mang mit der Vorstellung der 100-seitigen Gesamtposition zu 21 Themengebieten im Mai 2022.

Heute geht es um die hessische Rohstoffpolitik. Genauer gesagt geht es uns um mineralische Rohstoffe, wie Sand, Kies, Basalt, Kalkstein und andere Natursteine, Ton und Kaolin. Es geht uns heute also nicht um Salze oder Kohle.

Mineralische Rohstoffe werden in vielen Bereichen und Wertschöpfungsketten verwendet. Etwa 80 Prozent der hierzulande gewonnenen Steine und Erden werden in der Bauwirtschaft benötigt.

Zum einen für Wohngebäude oder für den Bau von gewerblichen Gebäuden wie Geschäften und Hallen. Zum anderen für den Erhalt und Bau von Verkehrsinfrastruktur wie Straßen, Schienenwegen, Radwegen und Brücken. Auch der Ausbau der erneuerbaren Energien fordert erhebliche Mengen an mineralischen Rohstoffen.

Weitere 20 Prozent gehen in die Industrie, etwa in die Chemie-, Keramik-, Feuerfest- und Glasindustrie.

In Hessen besteht eine Nachfrage von circa 50 Millionen Tonnen an mineralischen Rohstoffen pro Jahr. Davon werden lediglich circa 35 Millionen Tonnen auch in Hessen gewonnen.

Bereits heute wird zum Beispiel die Nachfrage nach Sand und Kies von jährlich rund 20 Millionen Tonnen nur zur Hälfte aus Hessen selbst gedeckt. Wir alle brauchen also mittelbar oder unmittelbar diese mineralischen Rohstoffe.

Rechnerisch verwendet jeder Bürger ca. 1 Kilogramm Steine pro Stunde. Das ergibt gut 9 Tonnen Splitt, Sand und Kies pro Kopf und Jahr. Für die hessische Wirtschaft sind diese Rohstoffe unverzichtbare Grundstoffe für

die Produktion. Und ihre Kosten und Lieferketten werden zunehmend relevant.

Das sind Hauptgründe, warum sich die VhU damit beschäftigt. Zudem hat Rohstoffpolitik indirekt auch etwas mit der Fachkräftesicherung für tausende hessische Unternehmen zu tun.

Die wirtschaftliche Versorgung der Bauwirtschaft mit regionalen mineralischen Rohstoffen ist ein Beitrag, die steigenden Kosten beim Wohnungsbau zu dämpfen. Das lindert die Probleme der Menschen, in den Städten und im Umland bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Bis 2040 werden rund 300.000 neue Wohnungen im Ballungsraum Rhein-Main benötigt. Auch die Budgets für das Bauen der öffentlichen Hand werden entlastet.

Es wäre unklug und würde die Baukosten in Hessen weiter antreiben, wenn immer mehr Rohstoffe von weit her außerhalb Hessens beschafft werden müssten. Denn die Transportkosten wären unwirtschaftlich hoch und die Versorgungssicherheit würde gefährdet. Zumal der Schienengüterverkehr am Limit fährt und das Niedrigwasser des Rheins den Transport per Schiff erschwert.

Auch aus ökologischer Sicht ist eine Versorgung mit Rohstoffen, die nah am Einsatzort gewonnen wird, vorteilhaft, weil weite Transportwege und unnötige CO<sub>2</sub>-Emissionen vermieden werden.

Wer mehr bezahlbaren Wohnraum und den Erhalt der Infrastruktur will, sollte dazu beitragen, die Baukosten zu senken, indem die heimische Gewinnung von mineralischen Rohstoffen erleichtert und nicht erschwert wird.

Leider nimmt das Bewusstsein in Politik und Bevölkerung für diese Zusammenhänge ab. Rohstoffgewinnung wird vielerorts immer öfter in Frage gestellt. Genehmigungsverfahren für neue Gewinnungsstätten oder Erweiterungsflächen gestalten sich langwierig und schwierig. Das geht bis zur kompletten Verhinderung durch lokale Widerstände.

Die Gewinnungsbetriebe versorgen die Allgemeinheit mit Rohstoffen. Kommunen, in denen die Gewinnungsbetriebe angesiedelt sind, fühlen sich nicht selten von Bund und Land finanziell und kommunikativ allein gelassen, wenn Bürger überdurchschnittlich von Verkehr und Geräuschemissionen beeinflusst sind.

Zudem wird die Rohstoffgewinnung häufig durch Gesetze und Flächennutzungspläne begrenzt oder ausgeschlossen. Dies obwohl die Gewinnung seit Jahrzehnten im Einklang mit Flora, Fauna und Naturschutz

erfolgt. Sowohl während des Abbaus, als auch nach dem aktiven Abbau.  
Stichwort: Refugium für bedrohte Arten und Pflanzen!

Welche konkreten Ansätze die Politik in der nächsten Legislaturperiode auf Landesebene verfolgen sollte, das stellen wir Ihnen heute vor.

Wir sprechen bewusst nicht oder nur am Rande über die Bundes- und Kommunalpolitik.

Ich gebe das Wort weiter an Herrn Hagemeyer, den Vorsitzenden des Landesverbands Hessen des vero, des Verbands der Bau- und Rohstoffindustrie.

**vero - Verband der Bau-und Rohstoffindustrie e.V.**  
**Landesvorsitzender Christoph Hagemeyer**

## **1. Landes- und Regionalplanung muss Rohstoffgewinnung sicherstellen**

Mein erstes Anliegen betrifft das Planungsrecht. Also wie die Landes- und Regionalplanung die Bodennutzung steuert.

Es wird politisch immer schwieriger, Rohstoffe wie Natursteine, Kies und Sand zu gewinnen. Viele Vorkommen liegen zu nah an Siedlungen, oder in Gebieten, in denen die Natur Vorrang hat.

Im Kern geht es beim Planungsrecht darum, unterschiedliche Anforderungen an die Nutzung von Boden aufeinander abzustimmen, mögliche Konflikte auszugleichen und Vorsorge für zukünftige Nutzungen zu treffen.

Über mögliche Abbaugelände treffen Landes- und Regionalplanung grundlegende Entscheidungen. Durch die Festlegung von Vorrang- oder Vorbehaltsgebieten lassen sich Räume für die Gewinnung von Rohstoffen sichern.

Was ist mein Anliegen?

Landesregierung und Landtag müssen ausreichend Flächen als Vorranggebiete für die Rohstoffgewinnung sichern.

Vorgaben im Landesentwicklungsplan müssen dann durch die Regionalpläne konkret umgesetzt werden.

Die betroffenen Kommunen müssen aus meiner Sicht zudem finanzielle Anreize bzw. einen Lastenausgleich dafür bekommen, Rohstoffabbau für die Allgemeinheit in ihren Gemarkungen zu ermöglichen und nicht zu verhindern.

Bodenschätze sind nun einmal standortgebunden. Sie können nur dort gewonnen werden, wo sie vorhanden sind.

Deswegen fordern wir, dass Rohstoffvorkommen, die in Hessen perspektivisch gewonnen werden könnten, langfristig planerisch gesichert werden.

Das heißt, für Rohstoffflächen soll eine anderweitige Nutzung des Bodens planerisch ausgeschlossen werden, wenn dadurch eine zukünftige Rohstoffgewinnung nicht mehr möglich wäre.

Dabei erschwert nicht nur konkurrierende Flächennutzung die Rohstoffgewinnung, auch Widerstände in der Bevölkerung erschweren Vorhaben.

Es ist klar, dass die Gewinnung von Rohstoffen zunächst in Landschaft und Natur eingreift. Allerdings bieten sich durch die Rohstoffgewinnung auch einmalige Chancen, Räume für neue Biotope oder für Freizeit- und Erholung zu schaffen.

In vielen Fällen arbeiten wir mit Naturschutzorganisationen vor Ort eng zusammen. Abbaugelände bieten seltene dynamische Lebensräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Artenschutz und Artenerhalt.

Flächen für die Rohstoffgewinnung werden nur vorübergehend genutzt. Für jedes Gewinnungsvorhaben sind Ausgleichsmaßnahmen und Auflagen für die anschließende Rekultivierung verpflichtend.

So wird sichergestellt, dass der ursprüngliche Zustand teilweise wiederhergestellt und in den meisten Fällen naturschutzfachlich sogar verbessert wird. Durch Ausgleichsmaßnahmen vor der eigentlichen Gewinnung entsteht zudem in Summe deutlich mehr Natur, als vor der Abbautätigkeit vorhanden war.

Mit der Rekultivierung bietet sich die Chance, hochwertige und an den Klimawandel angepasste Lebensräume zu schaffen. Oftmals werden ehemalige Abbaufelder dann als Naturschutzgebiete ausgewiesen.

Da der Flächenruck insbesondere im südhessischen Ballungsraum weiter steigt, ist die Ausweisung potenzieller Abbaugelände von großer Bedeutung.

Mein erstes Fazit: Es sollte das Ziel der nächsten Landesregierung sein, die Versorgung mit heimischen Rohstoffen langfristig zu gewährleisten. So erreichen wir einen nachhaltigen Mehrwert, für Wirtschaft und Naturschutz.

## **2. Entsorgung: Kommunen bei der Schaffung neuer Deponiekapazitäten unterstützen**

Mein zweites Anliegen betrifft die Abfallentsorgung im Allgemeinen.

Wir brauchen mehr Deponiekapazitäten für Bauabfälle in ganz Hessen.

Nicht alle Bauabfälle sind recycelbar, manche Bauabfälle müssen auf Deponien beseitigt werden.

Auch eine weitgehende Kreislaufwirtschaft, die wir alle anstreben, braucht noch ausreichend Deponieraum.

In Hessen stehen kaum noch Deponiekapazitäten für unbelastete oder schadstoffarme Abfälle und insbesondere Bodenaushub zur Verfügung. Das gefährdet die Entsorgungssicherheit.

Das Ausweichen auf höherwertige Deponieklassen oder weit entfernt gelegene Deponien in anderen Bundesländern und bis hin ins Ausland verteuert die Entsorgung und belastet die Umwelt.

Bereits im derzeit gültigen Koalitionsvertrag vom 23.12.2018 wurde eine Engpassbeseitigung bei den Deponiekapazitäten verabredet.

Ich zitiere aus dem hessischen Koalitionsvertrag:

*„Im Rahmen der Fortschreibung des Abfallplans werden wir den Engpass der Deponiekapazitäten unter Berücksichtigung der Abfallhierarchie mit potentiellen Deponiebetreibern angehen, damit diese möglichst neue Kapazitäten, insbesondere zur Entsorgung von Bauschutt und Erdaushub, schaffen können.“*

Mittlerweile wurde zwar ein Gutachten dazu beauftragt, aber viel mehr ist nicht geschehen. Das ist schade.

Die nächste Landesregierung muss hier schneller und entschiedener handeln.

Die direkte Schaffung neuer Kapazitäten zur Beseitigung von Bauabfällen ist zwar Sache der Landkreise und kreisfreien Städte. Deswegen kann das Land nur mittelbar tätig werden.

Wir fordern aber, dass der Landtag ein Förderprogramm zur Schaffung neuer Deponiekapazitäten auflegt. Finanzielle Anreize können helfen, dass seit langem dringend benötigte Deponiekapazitäten geschaffen werden.

Falls auch das nicht reichen sollte, falls die Kommunen nach dem Sankt Floriansprinzip sich weiter verweigern und nicht genügend neuen Deponieraum schaffen, was wirklich bedauerlich wäre, sollte über eine Bundesregelung nachgedacht werden, die die Länder verpflichtet und berechtigt, in geeigneter Weise in die kommunale Selbstbestimmung einzugreifen.

„Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“, das geht nicht.

Mehr neue Gebäude und mehr energetische Sanierungen von Gebäuden bedeutet auch, dass wir weiterhin viel Bauabfall entsorgen müssen.

### **3. Verfüllrichtlinie: Erdaushub praxistauglich entsorgen, Bürokratie abbauen**

Mein drittes Anliegen betrifft ein spezielles Thema der Entsorgung: die Entsorgung von Erdaushub und ungefährlichen Bauabfällen.

Dazu muss die hessische Verfüllrichtlinie vereinfacht und rechtssicher aufgestellt werden.

2014 wurde die hessische Verfüllrichtlinie eingeführt. Sie regelt beispielsweise die Entsorgung von Erdaushub, der anfällt, wenn Keller oder Tiefgaragen gebaut werden.

Die Kosten für Erdarbeiten sind von 2015 bis Mai 2022 in Hessen um 62 Prozent gestiegen.

Das ist der größte Kostenanstieg über alle Baudienstleistungen im Wohnungsbau. Die Entsorgungsproblematik trägt somit deutlich zum Anstieg der Baukosten bei.

2019 wurden 8,3 Millionen Tonnen Steine und Erden – zum größten Teil natürliche Böden – in Hessen in ehemaligen Tagebauen verfüllt, das heißt auf Fachdeutsch verwertet<sup>1</sup>. Das sind große Mengen.

Viele komplizierte Regelungen und bürokratische Anforderungen führen in der Praxis dazu, dass Erdaushub unnötigerweise auf Deponien beseitigt wird. Zum Teil wird Erdaushub auch in anderen Bundesländern entsorgt.

Somit belastet eine praxisuntaugliche Verfüllrichtlinie die Umwelt und nimmt knappe Deponiekapazitäten in Anspruch.

Eigentlich könnte und sollte Erdaushub zum größten Teil in ehemaligen Tagebauen verfüllt werden – er müsste nicht auf Deponien beseitigt werden!

Wir fordern, dass die Verfüllrichtlinie eine umweltgerechte und einfachere Verfüllung von Erdaushub und ungefährlichen Bauabfällen in ehemaligen Tagebauen möglich macht.

Dazu muss vom hessischen Umweltministerium ein einheitliches Analyseverfahren zur Beprobung von Bauabfällen eingeführt werden. Außerdem muss es die Dokumentationspflichten vereinfachen.

Ich gebe das Wort weiter an Herrn Dr. Schlotmann, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands Steine und Erden Hessen Thüringen e.V. und des Bundesverbands Keramische Rohstoffe und Industriemineralien e.V.

---

<sup>1</sup> [Abfallentsorgung in Hessen 2019](#), Seite 34, Tabelle 17.



**Arbeitgeberverband Steine und Erden Hessen Thüringen e.V. und  
Bundesverband Keramische Rohstoffe und Industriemineral e.V.**

**Hauptgeschäftsführer Dr. Matthias Schlotmann**

**1. Versorgung der Industrie mit heimischen Rohstoffen sichern -  
Genehmigungsverfahren beschleunigen**

Unsere Unternehmen stellen Dachsteine und Ziegel, Betonsteine und -rohre, Fliesen sowie Klinker und andere Mauerwerkssteine her. Kein Straßen- und Schienenbau kommt ohne Steine-Erden-Rohstoffe aus.

Allein in den hessischen Mitgliedsunternehmen der hier versammelten Rohstoffverbände haben mehr als 6.000 direkt Beschäftigte ihren gut bezahlten Arbeitsplatz.

In Hessen werden neben diesen Baurohstoffen auch wichtige keramische Rohstoffe und Industriemineralien gefördert. Diese hochwertigen Rohstoffe finden in vielfältigen Industriebranchen Anwendung.

Insbesondere in der Keramik, aber auch in den Bereichen Baustoffe, Automobil, Chemie, Papier, Feuerfest, Gießerei, Stahl und Umwelttechnologie werden sie benötigt. Durch Forschung und Entwicklung werden hier ständig neue Anwendungsbereiche für unsere Rohstoffe erschlossen.

Mein erstes Anliegen sind die angemessene Ausstattung der Genehmigungsbehörden mit qualifiziertem Personal und die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren.

Denn die Genehmigungsverfahren dauern viel zu lange. Verfahren von bis zu 15 Jahren sind nicht akzeptabel und widersprechen der sicheren Versorgung der Industrie mit heimischen Rohstoffen.

Diese Versorgung ist wegen der aktuellen geopolitischen Situation stark strapaziert und daher wichtiger denn je. 5 Millionen Tonnen Rohstoffe, die bisher aus der Ukraine und Russland in die EU eingeführt wurden, fehlen und stellen die Abnehmerbranchen auch in Hessen vor große Probleme.

Warum die langfristige planerische Sicherung dieser Rohstoffe eine große öffentliche Bedeutung hat, dazu hat Herr Hagemeier bereits ausgeführt.

Zur Planungssicherheit tragen aber nicht nur die Raumordnung bei, sondern auch die Genehmigungsverfahren. Für viele rohstoffgewinnende Unternehmen ist die Erschließung neuer Gewinnungsstätten zu einem schwer kalkulierbaren Risiko geworden.

Die Vorgaben sind unübersichtlich, die Genehmigungsverfahren lang und überkomplex.

Zu mehr Tempo beim Thema Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bekennt sich die Politik. Im Bund und im Land. Das ist gut so. Jetzt muss das auch wirklich losgehen!

Von den geplanten Änderungen des Planungs- und Genehmigungsrecht muss auch die Rohstoffgewinnung profitieren können.

Wir fordern, dass der Landtag die Regierungspräsidien mit ausreichenden Finanzmitteln ausstattet. Nur so können die verantwortlichen Genehmigungsbehörden flächendeckend mit dem nötigen Personal und der erforderlichen Sachkompetenz ausgestattet werden.

Durch den demographischen Wandel gehen der Verwaltung viele erfahrene Praktiker in den nächsten Jahren verloren. Der Wissenstransfer innerhalb der Verwaltung muss sichergestellt werden. Neue Mitarbeiter sollten von erfahrenen Kollegen über einen angemessenen Zeitraum begleitet werden.

Um Fehler in Genehmigungsverfahren zu vermeiden, müssen klare Verantwortlichkeiten und funktionierende Organisationsstrukturen bestehen.

Wenn alle Voraussetzungen und Umweltstandards eingehalten werden, müssen Genehmigungen dann auch tatsächlich erteilt werden.

## **2. Transport**

Das zweite Anliegen betrifft den Transport von Rohstoffen.

Der Transport von keramischen Rohstoffen, Industriemineralen und Gleischotter findet überwiegend per Bahn statt. Aber schon seit Jahren bremsen Probleme bei der Bahn den Güterverkehr aus.

Fast kein Tag vergeht derzeit ohne neue Hiobsbotschaften!

Mangelhafte Schienen-Infrastruktur, Zugausfälle, fehlende Waggons und Lieferverzug von bis zu mehreren Tagen – jahrzehntelang wurde in Deutschland zu wenig in die Schiene investiert.

Auch wurde die Anzahl der aktiven Gleisanschlüsse in den Produktionsstätten massiv reduziert.

Mit Milliardeninvestitionen plant die Bundesregierung, die Schieneninfrastruktur jetzt auszubauen. Auch das ist richtig und wichtig. Wir fordern seit langem mehr Güter auf der Schiene! Schließlich ist die Bahn ein umweltfreundliches Transportmittel.

Wir bitten die Landesregierung, sich im Bund dafür einzusetzen, dass die Probleme bei DB Netz und DB Cargo zügig gelöst werden und sich dabei eng mit den Industrieverbänden abzustimmen.

Zudem muss auf allen Ebene für eine gute Kommunikation bei der Planung und Durchführung von Baustellen gesorgt werden, damit die Schiene

durch die notwendigen Baustellen nicht noch mehr zum Flaschenhals für den Güterverkehr wird. (Stichwort „Kapazitätsschonendes Bauen“).

Ich gebe das Wort weiter an Herrn Rosenberg, Geschäftsführer beim Industrieverband Steine und Erden e.V Neustadt an der Weinstraße.

**Industrieverband Steine und Erden e.V Neustadt an der Weinstraße.**

**Geschäftsführer Philipp Rosenberg**

## **1. „Sichere, nachhaltige und verbrauchsnahe Rohstoffgewinnung von Kies und Sand in Südhessen“**

Es wurde schon angesprochen, dass die Akzeptanz für die regionale Rohstoffgewinnung in der Bevölkerung kaum noch gegeben ist. Dem liegen häufig falsche Annahmen und unbegründete Vorbehalte zugrunde.

Insbesondere werden bei der Rohstoffgewinnung keine Flächen „verbraucht“, wie oft fälschlich behauptet wird, sondern nur zeitweise genutzt.

Die Rohstoffgewinnung erfolgt unter höchsten Umweltstandards.

Zur Rohstoffgewinnung benötigen wir nur eine relativ kleine Fläche, genau genommen 0,2 Prozent der hessischen Landesfläche.<sup>2</sup> Diese vergrößert sich auch nicht, da nach der Gewinnung die renaturierten Flächen zurückgegeben werden.

Mineralische Rohstoffe sind nach Wasser der zweitgrößte Stoffstrom in Deutschland.

Durch jede Einschränkung der regionalen Rohstoffgewinnung werden überregionale Stoffströme in erheblichen Umfang ausgelöst.

Jeder Transportkilometer, der vermieden wird, schont unsere Umwelt und unsere Infrastruktur.

Beispiel „Bannwaldgesetz“:

Damit hat die Politik für den Ballungsraum Frankfurt-Rhein-Main den langfristigen Ausstieg aus der verbrauchsnahe Versorgung mit Sand und Kies beschlossen, ohne an die Konsequenzen zu denken.

Dabei sind nur 0,5 Prozent der landesweiten Bannwaldfläche von einer möglichen Rohstoffgewinnung betroffen. Unterm Strich geht auch kein Wald verloren, weil renaturiert und Wald wieder aufgeforstet wird.

Verbote auszusprechen, ohne Lösungen aufzuzeigen, bringt uns in Hessen nicht weiter. Das Festhalten am verschärften Bannwaldschutz steht in direktem Widerspruch zur Wohnungspolitik und zu den Klimaschutzzielen.

---

<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt, [Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung](#); Statistik-Code 33111-0002: „Bodenfläche (tatsächliche Nutzung): Bundesländer, Stichtag, Nutzungsarten“. Daten abgerufen für Hessen, Nutzungsart: „Tagebau, Grube, Steinbruch“ zum Stichtag 31.12.2020. Tagebaue, Gruben und Steinbrüche beanspruchen 43 km<sup>2</sup> der hessischen Landesfläche von 21.116 km<sup>2</sup>.

Die Neuinanspruchnahme von Gewinnungsflächen für Baurohstoffe und Industriemineralien entspricht in Deutschland für das Jahr 2020 einer Fläche von 16 km<sup>2</sup>. Bezogen auf die Gesamtfläche Deutschlands von 357.582 km<sup>2</sup> entspricht das einer jährlichen Neuinanspruchnahme von 0,004 %.  
Quelle: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (2021), [Deutschland – Rohstoffsituation 2020](#), Seite 24, Tabelle 2.3.

Statt die Chancen für den Bannwald im Zuge der Rohstoffgewinnung zu nutzen, lässt die Landespolitik diese Potentiale ungenutzt. Ich denke zum Beispiel an die derzeitigen Bäume, die die Hitze- und Trockenzeiten der nächsten 2-3 Jahrzehnte wohl nicht überleben werden. Die Renaturierung böte die Chance einer klimaoptimierten Aufforstung.

Es muss politisch endlich anerkannt werden, dass wir unsere Rohstoffe schon jetzt verantwortungsvoll gewinnen und zwar dort wo wir sie auch brauchen.

Rohstoffgewinnung im Bannwald muss weiterhin möglich bleiben. Hier kann und darf es keine Denkverbote geben und in keinem Fall weitere Verschärfungen.

Aktuell wird sogar noch eine weitere Verschärfung des Ausschlusses der Rohstoffgewinnung auf den Schutzwald diskutiert.

### **3. Mehr Ressourcenschonung, Akzeptanz von Recyclingbaustoffen stärken**

Mein zweites Anliegen betrifft die weitere Stärkung der Akzeptanz von Recyclingbaustoffen.

Recyclingbaustoffe entstehen durch die Aufbereitung von mineralischen Bau- und Abbruchabfällen. Sie leisten damit einen wertvollen Beitrag zur Schonung unserer Ressourcen und schonen knappe Deponiekapazitäten.

Hessen braucht bessere Rahmenbedingungen für Recyclingbaustoffe. Dafür setzen wir uns in Hessen mit der Initiative „100proRecycling“ ein.

Schon heute werden 78 Prozent des Bauschutts und 93 Prozent des Straßenaufbruchs recycelt. Insgesamt wurden in Hessen im Jahr 2018 rund 6 Millionen Tonnen Bau- und Abbruchabfälle recycelt.<sup>3</sup>

Dieser hohe Grad an Wiederverwendung ist aber kein Selbstläufer. Strengere rechtliche Vorgaben und bürokratische Pflichten drohen den praktischen Einsatz von Recyclingbaustoffen zu erschweren.

Nur wenn es gelingt, die Rahmenbedingungen in Hessen auf eine funktionsorientierende Kreislaufwirtschaft auszurichten, können die hohen Recyclingquoten gehalten werden.

Am 1. August 2023 tritt in Deutschland die sogenannte Ersatzbaustoffverordnung in Kraft. Diese sieht vor, dass sämtliche Recyclingbaustoffe künftig einer Umweltgüteüberwachung unterliegen.

---

<sup>3</sup> [Abfallwirtschaftsplan Hessen 2021](#), Seite 92, Tabelle 19.

Abfallmenge 2018: 5,7 Mio. Tonnen an Bau- und Abbruchabfällen, die unter „Recycling“ aufbereitet wurden.

Damit sollten auch die letzten vermeintlichen Bedenken gegen Recyclingbaustoffe aus der Welt sein. Denn damit werden die Verwendungsmöglichkeiten so vorgegeben, dass schädliche Auswirkungen auf die Umwelt ausgeschlossen sind.

Dieses Potential sollten wir nicht ungenutzt lassen.

Güteüberwachte Recyclingbaustoffe sind nach erfolgreicher Prüfung und Zertifizierung gegenüber Primärbaustoffen qualitativ gleichwertig.

Wir fordern, dass in Hessen alle umweltgüteüberwachten und zertifizierten Recycling-Baustoffe den Produktstatus erhalten.

Außerdem fordern wir die öffentliche Hand auf, ihrer Vorbildfunktion gerecht zu werden. In Ihren Ausschreibungen muss die öffentliche Hand stärker auf Recyclingbaustoffe setzen.

Viel zu häufig findet Recycling-Material, entgegen den gesetzlichen Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, bei Ausschreibungen - ungeachtet seiner technischen und ökologischen Eignung - keine Berücksichtigung.

Wir fordern daher, dass bei öffentlichen Aufträgen in Hessen Recyclingbaustoffe viel stärker und bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt werden.

Die nächste Landesregierung muss außerdem bei der Evaluation der Mantelverordnung 2025 auf eine größere Praxistauglichkeit drängen. Beispielsweise bei den Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten.

Ich gebe das Wort weiter an unseren Moderator, Herrn Dr. Kirsch.